



Niederschrift

22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin: Donnerstag, 28.10.2021
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:51 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Frau Antonia Heigl	DIE aNDERE	
Herr Leon Troche	SPD	ab 18:45 Uhr
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Matthias Finken	CDU	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	18:13 bis 20:00 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU	
Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten	bis 21 Uhr
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis	
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE	

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft, Umwelt

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.09.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Bericht zum Zwischenstand der Aufstellung des Einzelhaushaltes 2022 gem. DS
21/SVV/0516
Geschäftsstelle-Bauen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Förderung der Grundwasserneubildung
Vorlage: 21/SVV/0113
Einreicher: Fraktion CDU
(Wiedervorlage)
 - 4.2 Wassermanagement im Einzugsgebiet Groß Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0126
Einreicher: Ortsbeirat Groß Glienicke
(Wiedervorlage)
 - 4.3 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung
Vorlage: 21/SVV/0455
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
(Wiedervorlage)
 - 4.4 Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0594
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur
(2. Lesung)
 - 4.5 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden
Vorlage: 21/SVV/0630
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)
 - 4.6 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden
Vorlage: 21/SVV/0632
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
 - 4.7 Öffnung des Uferwegs am Groß Glienicker See
Vorlage: 21/SVV/0744
Einreicher: Ortsbeirat Groß Glienicke
(Wiedervorlage)

- 4.8 Gefahrlose und direkte Erreichbarkeit der sanierten Preußenhalle für Fußgänger und Radfahrer aus dem Ortsteil
Vorlage: 21/SVV/0745
Einreicher: Ortsbeirat Groß Glienicke
(Wiedervorlage)
- 4.9 Neufassung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0836
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(2. Lesung)
- 4.10 Potenzialflächenanalyse Photovoltaik-Freiflächenanlagen
Vorlage: 21/SVV/0911
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
(Mitteilungsvorlage)
- 4.11 Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0858
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
- 4.12 Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP fördern
Vorlage: 21/SVV/0851
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen
- 4.13 Besserer Schutz von Straßenbegleitgrün
Vorlage: 21/SVV/0895
Einreicher: Ortsbeirat Fahrland
- 4.14 Verbesserung des Umfeldes im Kirchsteigfeld
Vorlage: 21/SVV/0896
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
- 4.15 Prüfung der Unterbindung des Durchgangsverkehrs (Schleichwege) für LKW über 3,5 t durch das 'Alte Rad' in Eiche
Vorlage: 21/SVV/0926
Einreicher: Fraktion CDU
- 4.16 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0934
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.17 Leitlinie der Landeshauptstadt Potsdam zum Schutz vor Lichtverschmutzung (Lichtschutzleitlinie)
Vorlage: 21/SVV/0937
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.18 Treibhausgasneutralität 2035
Vorlage: 21/SVV/0960
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
- 4.19 Fahrradzonen in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0961
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.20 Neuedefinition der Baumpflege der LH Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0968
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.21 Radwegeverbindung zwischen Fahrland, Kartzow und Priort
Vorlage: 21/SVV/0969
Einreicher: Fraktion DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.09.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 16.9.2021 gibt es keine Hinweise. Sie wird mit 6:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

der Tagesordnungspunkt (TOP) 4.9 Neufassung der Stellplatzsatzung

- wird auf die Novembersitzung zurückgestellt, da noch nicht alle Voten der Ortsbeiräte vorliegen

der TOP 4.17 Leitlinie der LHP zu Schutz vor Lichtverschmutzung

- wird auf die Novembersitzung zurückgestellt, da noch nicht alle Voten der Ortsbeiräte vorliegen

der TOP 4.18 Treibhausgasneutralität 2035

- wird aufgrund eines gewährten Rederechtes an den Anfang der Stadtverordnetenüberweisungen gestellt

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

(Herr Heuer äußert sich zur Zurückstellung von Vorlagen aufgrund fehlender Voten aus Ortsbeiräten. Für die Behandlung von Vorlagen in den Ausschüssen sollte es ausreichen, dass die Ortsbeiräte die Gelegenheit zur Behandlung gehabt haben. In den Ortsbeiräten zurückgestellte Vorlagen sollten der Behandlung in den Ausschüssen nicht entgegenstehen, um einen weiteren Zeitverzug zu vermeiden.)

Ein Antrag auf Rederecht liegt vor:

- für Herrn Sebastian Helgenberger vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) zum TOP 4.18 Treibhausgasneutralität

Dem Antrag auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

**zu 3 Bericht zum Zwischenstand der Aufstellung des Einzelhaushaltes 2022
gem. DS 21/SVV/0516
Geschäftsstelle-Bauen**

Nach kurzer Einleitung durch Herrn Rubelt informiert Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen) inhaltlich zum Haushalt den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt betreffend. Die heutige Berichterstattung ist eine Vorabinformation zur bevorstehenden Einbringung des Haushaltes in die Stadtverordnetenversammlung.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) erläutert die Haushaltslage für den Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen.

Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) ergänzt zum Rad- und Fußverkehr.

Herr Twerdy bedauert, dass weniger Klimaschutzmaßnahmen möglich sind als angenommen.

Herr Finken stellt fest, dass man sich damit auseinandersetzen müsse, wie künftig mit haushaltsrelevanten Anträgen der Stadtverordneten umzugehen ist. Er erkundigt sich, ob es hierzu bereits Überlegungen der Verwaltung gibt.

Herr Rubelt sieht diesen Diskussionsbedarf ebenfalls, verweist aber auf die Haushaltsberatungen, wenn der Haushalt eingebracht ist. Hier ist dann ein Konsens zu finden, der alle Seiten, Politik und Verwaltung, zufrieden stellt. Er weist jedoch bereits jetzt darauf hin, dass nicht alle Maßnahmen in höchster Priorität eingeordnet werden können. Die Grünflächenpflege beispielsweise wird nicht im nötigen Umfang leistbar sein. Deswegen müssen gemeinsam Prioritäten gesetzt und Kompromisse gefunden werden.

Herr Berlin stellt eine hohe Diskrepanz zwischen Wirtschaftsförderung und Ökologie, zulasten letzterer, fest.

Herr Rubelt erläutert, dass im Bereich der Ökologie nicht eingespart worden ist, sich aber der Aufwand erhöht habe. Bei der Wirtschaftsförderung sollte nicht eingespart werden, sie ist Grundstein für die qualitative Maßnahmenumsetzung in anderen Bereichen, so auch in dem der Ökologie.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.18 Treibhausgasneutralität 2035

Vorlage: 21/SVV/0960

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Herr Helgenberger nimmt sein Rederecht wahr. Als Umweltwissenschaftler spricht er hier im Namen von „Potsdam Zero“. Er erinnert an das erklärte Ziel, Klimaneutralität bis 2035. Die Weichen dafür muss Potsdam notwendigerweise jetzt stellen. Herr Helgenberger betont die Dringlichkeit eines sofortigen Handelns – nicht zu handeln sei keine Lösung. Die Stadtverordneten können den richtigen Kurs setzen.

Herr Twerdy bringt den Antrag ein.

Herr Said bringt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 22.9.2021 ein:

„Zur Die Einhaltung der Beschlüsse des Pariser Abkommens und der damit vereinbarten Klimaziele als verbindliche Leitlinie **unserer der Politik, wird aufgegeben. bekennt sich die Landeshauptstadt Potsdam zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2035.**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Landes- und Bundesebene darauf hinzuwirken, dass **die zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Rahmenbedingungen für Kommunen geschaffen werden. das Pariser Klimaabkommen nicht weiter als verbindliche Leitlinie der deutschen Politik verfolgt wird.**

Konzepte und Programme zum Klimaschutz der Landeshauptstadt Potsdam sowie ihrer Eigenbetrieben und Beteiligungen **sollen in ihrer Zielsetzung entsprechend angepasst werden aufgegeben.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Mai 2022 zu berichten.“

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) nimmt für die Verwaltung Stellung. Er wirbt für eine gesonderte Beratung unter Hinzuziehung von Experten und die Zurückstellung des Antrages bis eine solche Expertenrunde stattgefunden hat.

Herr Said verweist auf verschiedenste Faktoren, auf die sich konzentriert werden sollte, beispielsweise die Versiegelung.

Mehrere Mitglieder schließen sich dem Vorschlag der Verwaltung an, innerhalb einer Expertenrunde mehr Kenntnisse zu gewinnen. Zunächst sollte herausgefunden werden, was tatsächlich leistbar ist.

Frau Dr. Haebel verdeutlicht nochmals nachdrücklich die Notwendigkeit sofortigen Handelns. Nur so können Fortschritte erzielt werden.

Herr Heuer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zurückzustellen und eine Expertenrunde, wie von der Verwaltung vorgeschlagen zu initiieren und deren Ergebnisse abzuwarten.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 8:0:1 angenommen.

zu 4.1 **Förderung der Grundwasserneubildung**

Vorlage: 21/SVV/0113

Einreicher: Fraktion CDU
(Wiedervorlage)

Die Drucksachen 21/SVV/0113 und 21/SVV/0126 (Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2) werden zusammen behandelt.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) gibt einen Rückblick auf die stattgefundene Veranstaltung zum Thema Wasser und Grundwasser, die zur Klärung beider Anträge beitragen sollte und aus Sicht der Verwaltung sehr erfolgreich verlaufen ist. Mit seinen Ausführungen erfolgt zugleich die Berichterstattung zum Beschluss zur Drucksache 20/SVV/1345 „Auswirkungen des wachsenden Nordens im Hinblick auf Grundwasserverbrauch, deren Reserven (...) analysieren“.

Für die hier vorliegenden Anträge schlägt Herr Schmäh vor, diese als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Herr Finken erklärt sich für den Antragssteller der Drucksache 21/SVV/0113 mit dem Vorschlag der Verwaltung auf „erledigt durch Verwaltungshandeln“ einverstanden, wenn im hiesigen Ausschuss eine regelmäßige Berichterstattung zum Sachstand vorgenommen wird.

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) hat eine Nachfrage zur von Herrn Schmäh benannten Projektpartnerschaft Potsdams.

Herr Schmäh erläutert diese.

Herr Sträter schließt sich ebenfalls dem vorgeschlagenen Umgang an, wenn eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt und der Ortsbeirat in die anstehenden Prozesse einbezogen wird.

Der Vorsitzende stellt den Vorschlag, den Antrag 21/SVV/0113 als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu 4.2 Wassermanagement im Einzugsgebiet Groß Glienicke

Vorlage: 21/SVV/0126

Einreicher: Ortsbeirat Groß Glienicke
(Wiedervorlage)

Debatte siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

Der Vorsitzende stellt den Vorschlag, den Antrag 21/SVV/0126 als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu 4.3 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung

Vorlage: 21/SVV/0455

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
(Wiedervorlage)

Herr Dr. Kretschmer verweist auf die Debatten der letzten Sitzungen zu dem Antrag.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob alle Mitglieder die Stellungnahme des Geschäftsbereichs Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit erhalten haben, was bejaht wird.

Der Vorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 5.5.2021 zur Abstimmung.

Die Ds 21/SVV/0455 wird wie folgt ergänzt:

Weiterhin soll geprüft werden, ob die Abwasserproben genutzt werden können, um Informationen über den Konsum von verschiedenen Drogen in der Landeshauptstadt Potsdam zu gewinnen und welche Kosten dafür entstehen würden.“

Abstimmungsergebnis: mit 2:6:1 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird – auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter – beauftragt zu prüfen, ob die Stadtwerke Potsdam GmbH bzw. die Energie und Wasser Potsdam GmbH als Betreiber der kommunalen Kläranlagen ein Monitoringsystem zur Früherkennung pandemischer Hotspots installieren können. Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit die Messergebnisse der

Virenmenge im Abwasser als zusätzliches Kriterium für Verschärfungen oder Lockerungen der geltenden Beschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemiebekämpfung einbezogen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 8
Stimmenthaltung: 1

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.4 Fußverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0594

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (2. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) geht auf die vorliegenden Änderungsanträge ein und bittet, diese einzeln abzustimmen.

Herr Heuer schlägt vor, dem Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) zu folgen.

Gegen diesen Vorschlag gibt es keine Einwände.

Herr Kuppert stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Punkt „S. 53, 9.5. Punkt 5 bzw. Maßnahmen Nr. 49 und 50: Fahrbahnanhebung im Querungsbereich sowie Aufpflasterung von Querungsbereichen sind zu streichen.“ aus dem Votum des SBWL herauszutrennen und darüber gesondert abzustimmen.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 8:0:1 angenommen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass von der Fraktion DIE LINKE ein neuer Änderungsantrag vorliegt, über den ebenfalls abgestimmt werden muss.

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.10.2021 zur Abstimmung:

Das Fußverkehrskonzept ist in seiner Anlage wie folgt zu ändern:

9.2.1 Zusätzliche Wegeverbindungen

Auf dem Kiewitt – Hermannswerder

Die zwischen Auf dem Kiewitt und Hermannswerder bestehende Fährverbindung bietet aktuell lediglich ein Grundverbindungsangebot. Es bestehen Einschränkungen hinsichtlich der Betriebszeiten (/00 bis 18.30 Uhr), der Wartezeit (15 Min.-Takt) sowie havarie- bzw. witterungsbedingten Ausfällen.

Deshalb ist Fährverbindung bedarfsgerecht aufzuwerten und zu verbessern. Das soll durch die Ausweitung der Fährzeiten und durch die Beschaffung eines technisch-ökologisch modernen Fährschiffes ermöglicht werden.

Perspektivisch ist im Sinne der Aufwertung der Verbindung die Verbindung sowohl für den Fuß- als auch für den Radverkehr der Bau einer Brückenverbindung **zu prüfen**. Die konkrete Lage der Brücke muß sich dabei nicht zwingend an der aktuellen Fährverbindung orientieren, sondern ist vielmehr auf Grundlage der örtlichen Gegebenheiten im Rahmen der weiterführenden Planungen festzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen**.

Der Vorsitzende stellt den Punkt

- S. 53, 9.5. Punkt 5 bzw. Maßnahmen Nr. 49 und 50: Fahrbahnanhebung im Querungsbereich sowie Aufpflasterung von Querungsbereichen sind zu streichen.

aus dem Votum des SBWL vom 26.10.2021 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 1:4:3 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Fußverkehrskonzept (gemäß Anlage) bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns zur Förderung des Fußverkehrs in der Landeshauptstadt Potsdam.

Mit folgenden Änderungen/ Ergänzungen:

Der Gehwegabschnitt Nr. 1183 soll als Lückenschluß, beginnend vom vorhandenen Rad- und Gehweg in Höhe des Bolzplatzes an der Satzkorner Bergstraße bis zur B273 als dringend erforderlich im Fußverkehrskonzept erhalten bleibt und in der Priorität von "M" auf "H" angehoben wird.

Maßnahmentabelle zu Anlage 4.12, 3/6, K280: Die Insel ist bereits geplant, muss nicht geprüft werden.

Maßnahmenblatt zu Anlage 4.14 2/3 1195: Es muss ein direkter beleuchteter fahrradtauglicher Weg zum Hornbach-Baumarkt angelegt werden.

Zusätzlicher Gehwegabschnitt: Nr. 93 Der Streckenabschnitt 1179 muss dringend als kombinierter Fuß-Radweg bis zum Gewerbegebiet Marquardter Chaussee verlängert werden. Begründung: Aktuell wird das GE entwickelt. Viele Arbeitsplätze werden dort geschaffen. Im Moment erreicht man das GE zu Fuß nur unter Einsatz seines Lebens in dem man sich zwischen Autos/LKWs und den Leitplanken auf der Fahrbahn entlang schlängelt.

Der Golmer Damm hat für Fußgänger hohe Nutzungsbeschränkungen/Konfliktpotentiale. Deshalb beantragt Sie folgende Änderung in der Kategorie Gehwegabschnitte im Fußverkehrskonzept:

1145	Golmer Damm	Fahrradstraße Planung	in	III	G-H	M H
-------------	-------------	----	----	-----	-----------------------	----	-----	-----	-----

Maßnahme K 92: „Roßkastanienstraße / Baumhaselring mit Punkt 15 und 19 Umgestaltung zum Kreisverkehr“ ist zu streichen.

Dafür ist aufzunehmen: „Erneuerung des **öffentlichen** Gehwegbelages vor der Ladenzeile Am Alten Mörtelwerk Nr. 10 bis 22“

Ergänzung zum Beschlusstext sowie Kapitel 9.9.2:

Der OBM wird beauftragt, jeweils vor der Haushaltsberatung die konkreten Vorhaben für den bevorstehenden Haushaltszeitraum zur Bestätigung im **SBWL KUM** vorzulegen.

Ergänzung zu den Grundsätzen 9.3.4., S. 56f:

Bei den anstehenden Planungen und Maßnahmen sind Belange des Stadtklimas grundsätzlich zu berücksichtigen, indem die Erhaltung von Freiflächen im Straßenraum sowie die Vermeidung von Versiegelung bzw. die Möglichkeit der Regenwasserversickerung vor Ort bzw. in der Fläche in die jeweiligen Abwägungen einbezogen werden.

9.4.3., S. 62: Parklets und Gastronomiebereiche auf der Fahrbahn sind **solte** ohne Umbau der Straßenfläche als temporäre Baumaßnahme und in der Anordnung offen zu gestalten.

Folgende Änderungen sind einzuarbeiten:

Die hohe Priorität der Maßnahmen in der 2. barocken Stadterweiterung (ab 1000) ist im Abgleich zum Zustand zahlreicher Fußwege in der Gesamtstadt kritisch zu prüfen und anzupassen.

S. 49, Maßnahme 10: Umgestaltung des Straßenraumes ist in dem Sinne genauer zu erläutern, ob es sich um den Umbau der Fläche oder um gestaltende bzw. funktionale Zusätze handelt.

Maßnahme 72: Natursteinpflasterstraßen erhalten in den Kreuzungsbereichen grundsätzlich Querungen in geschnittenem Natursteinmaterial. ~~Diese Maßnahmen sind mit sehr hoher Priorität auszuführen.~~

Das Fußverkehrskonzept ist in seiner Anlage wie folgt zu ändern:

9.2.2 Zusätzliche Wegeverbindungen

Auf dem Kiewitt – Hermannswerder

Die zwischen Auf dem Kiewitt und Hermannswerder bestehende Fährverbindung bietet aktuell lediglich ein Grundverbindungsangebot. Es bestehen Einschränkungen hinsichtlich der Betriebszeiten (/.00 bis 18.30 Uhr), der Wartezeit (15 Min.-Takt) sowie havarie- bzw. witterungsbedingten Ausfällen.

Deshalb ist Fährverbindung bedarfsgerecht aufzuwerten und zu verbessern. Das soll durch die Ausweitung der Fährzeiten und durch die Beschaffung eines technisch-ökologisch modernen Fährschiffes ermöglicht werden.

Perspektivisch ist im Sinne der Aufwertung der Verbindung die Verbindung sowohl für den Fuß- als auch für den Radverkehr der Bau einer Brückenverbindung **zu prüfen**. Die konkrete Lage der Brücke muß sich dabei nicht zwingend an der aktuellen Fährverbindung orientieren, sondern ist vielmehr auf Grundlage der örtlichen Gegebenheiten im Rahmen der weiterführenden Planungen festzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.5 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden

Vorlage: 21/SVV/0630

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)

Frau Lange stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Drucksachen 21/SVV/0630 und 21/SVV/0632 nochmals zurückzustellen. Hier stehen immer noch die mit der Verwaltung vereinbarten Abstimmungen aus, die ab Anfang November möglich sind.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Die Drucksachen 21/SVV/0630 und 21/SVV/0632 werden zurückgestellt.

zu 4.6 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden

Vorlage: 21/SVV/0632

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Frau Lange stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Drucksachen 21/SVV/0630 und 21/SVV/0632 nochmals zurückzustellen. Hier stehen immer noch die mit der Verwaltung vereinbarten Abstimmungen aus, die ab Anfang November möglich sind.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Die Drucksachen 21/SVV/0630 und 21/SVV/0632 werden zurückgestellt.

zu 4.7 **Öffnung des Uferwegs am Groß Glienicker See**

Vorlage: 21/SVV/0744

Einreicher: Ortsbeirat Groß Glienicke
(Wiedervorlage)

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bringt den Antrag ein.

Frau Hartleb (Geschäftsstelle Bauen) teilt für die Verwaltung mit, den Antrag zu begrüßen, da er ihren Zielen entspricht.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Vor dem Hintergrund des 30. Jahrestages der Deutschen Einheit bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung den Willen und das Ziel, den Uferweg am Groß Glienicker See wieder für die Öffentlichkeit frei zugänglich zu machen.

Der Oberbürgermeister wird deshalb beauftragt,

- die Voraussetzungen für die Öffnung bisher gesperrter und wegerechtlich gesicherter Abschnitte des Uferweges zu schaffen und den Uferweg weiterzubauen, wo dies möglich ist,
- Er wird außerdem gebeten, die Anlage temporärer Schwimmstege zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.8 **Gefahrlose und direkte Erreichbarkeit der sanierten Preußenhalle für Fußgänger und Radfahrer aus dem Ortsteil**

Vorlage: 21/SVV/0745

Einreicher: Ortsbeirat Groß Glienicke
(Wiedervorlage)

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bringt den Antrag ein.

Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) plädiert für die Umwandlung in einen Prüfauftrag und der Vorstellung der Ergebnisse im hiesigen Ausschuss im März 2022.

Herr Rubelt bekräftigt und begründet die Umwandlung in einen Prüfauftrag.

worauf Herr Sträter seine Zustimmung zu diesem Verfahren erteilt.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen** dafür ~~Sorge zu tragen~~, **wie** ~~das~~ möglichst ab dem Tag der Eröffnung der sanierten Preußenhalle eine direkte und gefahrlose Erreichbarkeit für Radfahrer und Fußgänger, ohne Umwege, **umgesetzt werden kann** ~~möglich ist~~.

Der Oberbürgermeister mag **im März 2022 über die Ergebnisse der Prüfung im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität berichten.** ~~über den Arbeitsfortschritt zu diesem Auftrag, in jedem Quartal berichten.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.9 Neufassung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0836

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (2. Lesung)

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung im November verschoben, da noch nicht alle Voten aus den Ortsbeiräten vorliegen (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4.10 Potenzialflächenanalyse Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Vorlage: 21/SVV/0911

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung (Mitteilungsvorlage)

Herr Anderka (Bereich Stadtentwicklung) stellt die Mitteilungsvorlage vor.

Herr Twerdy erkundigt sich, wie es weiter geht.

Herr Walter hat eine Nachfrage zur Förderkulisse bezogen auf unter anderem Deponien.

Frau Dr. Haebel erkundigt sich nach einer möglichen Gefährdung für das Grundwasser.

Herr Anderka geht auf die Nachfragen ein. Bezüglich der Deponien weist er unter anderem auf die Gewährleistung der Standfestigkeit hin, die nicht immer gegeben sei.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage Drucksache 21/SVV/0911 zur Kenntnis.

zu 4.11 **Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 21/SVV/0858

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Herr Twerdy bringt die neue Fassung des Antrags ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung der von der Verwaltung vorgelegten Potentialflächenanalyse (DS 21/SVV/0911) darüber hinaus folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Vorrangig sind Freiflächen zu berücksichtigen, die im öffentlichen Eigentum stehen (Bund, Land, Kommune) und bereits eine Vorbelastung aufweisen (z.B. ehemalige Deponien, Kiesgruben, stillgelegte militärisch genutzte Flächen). Ferner sollen Parkplätze, sowie Flächen entlang von Bahnlinien und Autobahnen in Betracht gezogen werden.
2. Die Energie- und Wasser Potsdam sowie die Stadtwerke Potsdam sind frühzeitig in den Prozess einzubinden. Ebenso sollen in einem weiteren Schritt ggf. interessierte private Energieunternehmen beteiligt werden.“

Herr Anderka (Bereich Stadtentwicklung) nimmt für die Verwaltung Stellung.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung der von der Verwaltung vorgelegten Potentialflächenanalyse (DS 21/SVV/0911) darüber hinaus folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. **Vorrangig sind Freiflächen zu berücksichtigen, die im öffentlichen Eigentum stehen (Bund, Land, Kommune) und bereits eine Vorbelastung aufweisen (z.B. ehemalige Deponien, Kiesgruben, stillgelegte militärisch genutzte Flächen). Ferner sollen Parkplätze, sowie Flächen entlang von Bahnlinien und Autobahnen in Betracht gezogen werden.**
2. **Die Energie- und Wasser Potsdam sowie die Stadtwerke Potsdam sind frühzeitig in den Prozess einzubinden. Ebenso sollen in einem weiteren Schritt ggf. interessierte private Energieunternehmen beteiligt werden.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

zu 4.12 Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP fördern

Vorlage: 21/SVV/0851

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Frau Lange verweist auf bestehenden Abstimmungsbedarf und bittet um Zurückstellung des Antrags.

Dagegen gibt es keine Einwände.

zu 4.13 Besserer Schutz von Straßenbegleitgrün

Vorlage: 21/SVV/0895

Einreicher: Ortsbeirat Fahrland

Herr Matz (Ortsvorsteher Fahrland) bringt den Antrag ein. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) plädiert für einen Prüfauftrag, über dessen Ergebnis die Verwaltung im 2. Quartal 2022 im hiesigen Ausschuss berichten würde.

Frau Lange erkundigt sich, ob bei der von Herrn Schmäh vorgeschlagenen Berichterstattung auch der geforderte Beschlussvorschlag enthalten sei.

Herr Schmäh verneint dies, zunächst sollte geprüft werden.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für einen besseren Schutz des Straßenbegleitgrüns der öffentlichen Straßen Sorge zu tragen und es insbesondere vor Beschädigung und Zerstörung durch befahrende und parkende Fahrzeuge zu schützen. Hierfür sind alle dafür notwendigen bzw. zweckdienlichen Regelungsmöglichkeiten der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen und abzuwägen. Dementsprechend sollen vor allem die Regelungsmöglichkeiten in der Satzung über die Benutzung öffentlicher Grünflächen der Landeshauptstadt Potsdam (Grünflächensatzung) geprüft werden. Ebenfalls ist in Rückgriff auf die Erfahrungen der Mitarbeitenden des Ordnungsamtes eine hinreichende Sanktionierung bei Verstößen vorzusehen.

~~Der Stadtverordnetenversammlung~~ **Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und**

~~Mobilität ist bis zum Februar 2022 ein Zwischenbericht und bis zum Juni 2022 ein entsprechender Beschlussvorschlag vorzulegen.~~ **2. Quartal 2022 zu berichten.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.14 Verbesserung des Umfeldes im Kirchsteigfeld

Vorlage: 21/SVV/0896

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Herr Dr. Kretschmer bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) nimmt den Prüfauftrag für die Verwaltung an und bittet die Berichterstattung im hiesigen Ausschuss vornehmen zu dürfen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, mit welchen Maßnahmen um die Aufenthaltsqualität und das Umfeld des Kirchsteigfeldverbessert werden kann.

Diese Punkte sollen einbezogen werden:

Grundreinigung und Herstellung für eine dauerhafte Erhaltung des Hirtengrabens/ Teich und der angrenzenden Flächen (z.B. Steinbänke entlang des Hirtengrabens):

Der durch das Wohngebiet laufenden Hirtengraben trocknet seit Jahren aus. Dieses Mini Ökosystem ist extrem gestört. Nach Regenfällen füllt sich dieser, allerdings ist es kein fließendes Gewässer (mehr). Dadurch entstehen teils üble Gerüche. Für dort lebende Tiere ist dies ebenso kein geeigneter Lebensraum. In die Prüfung einzubeziehen sind die Ergebnisse der Zusatzinformation zur Drucksache 09/SVV/0905 (Antwort_2.pdf (potsdam.de))

Prüfung von Einbahnstraßen: Die Verkehrsströme seit Planung des Kirchsteigfeldes haben sich mit jeder Erweiterung verändert. Die teils zu engen Straßen führen bei Gegenverkehr immer wieder zu brenzligen Situationen und abgefahrenen Spiegeln auch an parkenden Autos, z.B. in der Dorothea-Schneider-Straße. Durch ggf. Einbahnstraßen lässt sich die Situation (vor allem in Kurven) deutlich entschärfen, auch für Fahrradfahrer.

Verbesserung der Aufenthaltsqualität an der Kirche / vor den Geschäften in der Anni-von-Gottberg-Straße: Neben generellen Vorschlägen soll auf eine Begrünungsmöglichkeit der Fläche z.B. vor den Geschäften und die Beseitigung

der teils großen tiefen Löcher auf den Parkplätzen vor REWE eingegangen werden, auch wenn diese vor kurzem erst mit Sand aufgefüllt worden sind. Früher vorhandene Baumbestände sollten wieder neu gepflanzt werden. Zusätzlich ist zu prüfen, ob für mehr Sauberkeit ausreichend Mülleimer zur Verfügung stehen und ob eine Ausweitung sinnvoll ist.

Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung dem **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** bis Ende Q42021 vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 4.15 Prüfung der Unterbindung des Durchgangsverkehrs (Schleichwege) für LKW über 3,5 t durch das 'Alte Rad' in Eiche

Vorlage: 21/SVV/0926

Einreicher: Fraktion CDU

Die Debatte erfolgt ohne Einbringung.

Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie mit geeigneten Maßnahmen der Durchgangsverkehr (Schleichverkehr) für LKW über 3,5 t durch das „Alte Rad“ in Eiche unterbunden werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 4.16 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0934

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Frau Kosel (Bereich Infrastruktur- und Straßenverwaltung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Auf Nachfragen geht sie ein.

Herr Rietz weist darauf hin, dass bei der Golmer Chaussee der Hinweis zum

Winterdienst in dem benannten Abschnitt fehlt.

Frau Lange stellt fest, dass beim Tulpenweg der Winterdienst fehlt (ÖPNV-Strecke) und bei der Straße Am Friedrichspark der Ortsteil „Marquardt“ angegeben werden müsse.

Die Mitglieder verständigen sich auf folgenden Umgang mit den redaktionellen Hinweisen, den Frau Kosel zusagt umzusetzen:

In der Anlage Straßenverzeichnis zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung sind nachfolgende Korrekturen redaktioneller Art vorzunehmen:

Straße	Ortsteil	Abschnitt 2022/2023	RK 2022/ 2023	WD 2022/ 2023
Golmer Chaussee	Bornim	FR u. WD Mitschurinstraße bis Golmer Chaussee 43	5	1
Am Friedrichspark	Marquardt	FR B 273 bis Kreisverkehr	5	
Tulpenweg	Satzkorn		6	1

Bezüglich der Änderungsanträge aus den Ortsbeiräten,

Ortsbeirat Satzkorn vom 7.10.2021

„2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

Einschließlich der Änderungen in der Anlage 1, wie folgt:

„Am Friedrichspark“: gehört zum Ortsteil Marquardt (nicht Satzkorn)

„Birnenweg“: Winterdienst notwendig wegen Zufahrt zum Klärwerk

„Satzkorne Ringstr“: Winterdienst von der Satzkorne Bergstr. bis Satzkorne Ringstr. Nr. 2a wegen Ausfahrt FFW

„Tulpenweg“: Winterdienst notwendig wegen Busverkehr

Winterdienst Dorfstr.: Von Satzkorne Bergstr. bis Dorfstraße 2a (Ausfahrt Freiwillige Feuerwehr) Gehweg vor dem Gemeindehaus Dorfstr. 2 und Gehweg hinter dem alten Feuerwehrgebäude zwischen Dorfstraße und Satzkorne Ringstraße (Zugang zum Löschurm)“

und

Ortsbeirat Eiche vom 7.10.2021:

„2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

Mit folgender Änderung in der Anlage II, Straßenverzeichnis 2022-2023:

- 1. Baumhaselring Hauptzug 1 für Winterdienst ist nachzutragen.**
- 2. Baumschulenweg 1 für Winterdienst ist nachzutragen.**
- 3. Eichenring FR Wildbirnenweg bis Rosskastanienstraße sowie bis Altes Rad 1 für Winterdienst ist nachzutragen.“**

unterbreitet Herr Rubelt den Vorschlag, dass die Verwaltung zur Stadtverordnetenversammlung darlegt, welche Straßen aus den Änderungsanträgen der Ortsbeiräte Satzkorn und Eiche in die Satzung aufgenommen werden können ohne Kosten für die Stadt zu verursachen, also umlagefähig sind. Diese Straßen werden ohne entsprechenden Beschluss der Satzung hinzugefügt.

Mit diesem Vorgehen sind die Mitglieder einverstanden.

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag des Ortsbeirates Satzkorn vom 7.10.2021 zur Abstimmung:

2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

Einschließlich der Änderungen in der Anlage 1, wie folgt:

„Am Friedrichspark“: gehört zum Ortsteil Marquardt (nicht Satzkorn)

„Birnenweg“: Winterdienst notwendig wegen Zufahrt zum Klärwerk

„Satzkorn Ringstr“: Winterdienst von der Satzkorn Bergstr. bis Satzkorn Ringstr. Nr. 2a wegen Ausfahrt FFW

„Tulpenweg“: Winterdienst notwendig wegen Busverkehr

Winterdienst Dorfstr.: Von Satzkorn Bergstr. bis Dorfstraße 2a (Ausfahrt Freiwillige Feuerwehr) Gehweg vor dem Gemeindehaus Dorfstr. 2 und Gehweg hinter dem alten Feuerwehrgebäude zwischen Dorfstraße und Satzkorn Ringstraße (Zugang zum Löschurm)

Abstimmungsergebnis: mit 0:7:1 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag des Ortsbeirates Eiche vom 7.10.2021 zur Abstimmung:

2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

Mit folgender Änderung in der Anlage II, Straßenverzeichnis 2022-2023:

1. Baumhaselring Hauptzug 1 für Winterdienst ist nachzutragen.

2. Baumschulenweg 1 für Winterdienst ist nachzutragen.
3. Eichenring FR Wildbirnenweg bis Rosskastanienstraße sowie bis Altes Rad 1 für Winterdienst ist nachzutragen.

Abstimmungsergebnis: mit 0:5:2 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.17 Leitlinie der Landeshauptstadt Potsdam zum Schutz vor Lichtverschmutzung (Lichtschutzleitlinie)

Vorlage: 21/SVV/0937

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Der Tagesordnungspunkt wird bis zu nächsten Sitzung zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4.19 Fahrradzonen in Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0961

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Twerdy bringt den Antrag ein.

Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert, dass nicht sofort in die Prüfung eingestiegen, sondern diese im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes vorgenommen werden sollte.

Herr Walter schlägt vor, den Antrag wie folgt zu ändern, die Worte „basierend auf den Empfehlungen“ werden gestrichen. Sie werden ersetzt durch die Worte „mit der Fortschreibung“. Der Satz, „Dem KUM ist im Dezember 2021 zu berichten.“ wird ersatzlos gestrichen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~basierend auf den Empfehlungen~~ **mit der Fortschreibung** des Radverkehrskonzeptes einen oder mehrere Vorschläge für Fahrradzonen in Potsdam vorzulegen. Eine Fahrradzone stellt einen Verbund aus mehreren Fahrradstraßen dar. ~~Dem KUM ist im Dezember 2021 zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.20 Neuedefinition der Baumpflege der LH Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0968

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Berlin bringt den Antrag ein.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Baumpflege der LH Potsdam neu und umfassender zu definieren und dementsprechend umzusetzen. Dabei sollen Entwicklungspotentiale, Entwicklungsphasen, Standortbedingungen und ökologisch/ klimatische Funktionen einfließen, damit jeder Baum, entsprechend seiner Art, ganzheitlich bewertet und gepflegt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.21 Radwegeverbindung zwischen Fahrland, Kartzow und Priort

Vorlage: 21/SVV/0969

Einreicher: Fraktion DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Er empfiehlt die Betrachtung in der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes, die voraussichtlich 2025 vorliegt und bittet, den Satz zur Berichterstattung zu streichen.

Herr Finken schlägt vor, den dritten und vierten Satz des Antrages zu streichen.

Diesen Vorschlag übernimmt Frau Lange für den Antragssteller.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt in die Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes einen Radweg zwischen Fahrland und Kartzow sowie landkreisübergreifend weiterführend nach Priort einzuarbeiten.

Dafür sind Realisierungsmöglichkeiten, Kosten und Zeithorizonte gemeinsam mit der Nachbargemeinde Wustermark zu prüfen und anzugeben.

~~Zusätzlich ist die Möglichkeit einer (unbefestigten) Übergangslösung zwischen Kartzow und Ortseingang Priort gemeinsam mit Wustermark zu prüfen.~~

~~Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität sowie dem Ortsbeirat Fahrland ist über die Ergebnisse bis Ende 2022 zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 6 Sonstiges

Keine Hinweise.